



Landratsamt Fürth

Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 26. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, 25.11.2025
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 09:50 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2,
Besprechungszimmer 0.36

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ausschussmitglieder

Kreisrat Eder, Leonhard, 1. Bürgermeister	Vertretung für Herrn Bertram Höfer
Kreisrat Förster, Theodor	
Kreisrätin Franz, Irene	
Kreisrat Gegner, Rainer, 1. Bürgermeister	
Kreisrätin Igel, Angelika	
Kreisrat Königer, Peter	
Kreisrat Löbel, Christian	Vertretung für Frau Marie Schöttner
Kreisrat Peter, Thomas	
Kreisrat Reuther, Christoph	
Kreisrat Röhn, Martin	
Kreisrat Ruf, Fritz	
Kreisrätin Thomas, Cornelia	Vertretung für Herrn Walter Schäfer
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister	

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Beer, Jürgen Verwaltungsinspektor
Heinrich, Nadine ÖPNV und Radverkehr
Knoll, Benjamin Verwaltungsrat
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Kühnert, Naemi Radverkehrsbeauftragte im Landkreis Fürth
Romanek, Kristin Oberregierungsrätin
Roser, Simon ÖPNV und Radverkehr

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Ammon, Erich
Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister
Kreisrat Schäfer, Walter
Kreisrätin Schöttner, Marie

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 25. öffentliche Sitzung am 22.09.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreis-homepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Jahresenergieverbräuche der Landkreisliegenschaften 2024 | 208/2025 |
| 2.2 | Fahrgaststatistik 2024 | 094/2025 |
| 2.3 | Studie Mobilität in Deutschland (MiD) 2023 | 188/2025 |
| 2.4 | Radschnellweg Nürnberg-Zirndorf - Aktueller Stand Abschnitt Oberasbach | 206/2025 |
| 2.5 | Aktueller Stand Stahlbrücke Bibertbahntrasse Rednitz | 203/2025 |
| 3 | Beschluss über weiteres Vorgehen hinsichtlich eines Gesamtabrisses der Bibertbahnbrücke | 224/2025 |
| 4 | Kostenfreiheit des Schulwegs – Änderung der Ermessensübung bei Ausbildungsrichtungen im Rahmen von Schulversuchen | 189/2025 |
| 5 | Änderung der Abfallgebührensatzung (AGS) des Landkreises Fürth vom 17.12.2007 (7. Änderungssatzung) zur Schaffung von Erleichterungen bei der Abgabe von Sperrmüll, Grüngut, Bauschutt und Erde an den Wertstoffhöfen | 134/2025 |
| 6 | Anfragen | |

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:30 Uhr die 26. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 25. öffentliche Sitzung am 22.09.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	--

Gegen die Niederschrift über die 25. öffentliche Sitzung am 22.09.2025 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Jahresenergieverbräuche der Landkreisliegenschaften 2024

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage. Es gibt keine Wortmeldungen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.2	Fahrgaststatistik 2024
----------------	-------------------------------

Nadine Heinrich (ÖPNV und Radverkehr) gibt einen Bericht über die Entwicklung der Fahrgastzahlen im ÖPNV im Jahr 2024 ab.

Kreisrätin Irene Franz (SPD) weist daraufhin, dass einige Busse fast leer unterwegs sind. Der **Vorsitzende** erklärt, dass der Schulbusverkehr möglichst über den ÖPNV abgewickelt wird, um separate Schulbusse zu vermeiden. Diese Busse sind meist dann leer unterwegs, wenn sie außerhalb der Schulzeiten fahren. **Nadine Heinrich** ergänzt, dass es sich hierbei um eine Momentaufnahme handelt (Lastrichtung zu den Schulen). Grundsätzlich muss die Auslastung entlang der gesamten Linie betrachtet werden. Die Statistik zeigt, dass die Busse insgesamt gut ausgelastet sind.

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Vorbereitungen zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2027 bereits im Jahr 2026 beginnen. Die aktuellen Mitteilungen sind wichtig für den Dialog mit den Gemeinden und zur Überprüfung möglicher Anpassungen. Die Verwaltung wird auch prüfen, ob einzelne Linien wirtschaftlich sinnvoll durch On-Demand-Verkehre ersetzt werden können.

Kreisrat Christoph Reuther (CSU) berichtet über Busse am Bahnhof Siegeldorf, die zwischen 8 und 14 Uhr leer starten, unterwegs aber Fahrgäste aufnehmen. Hier sei eine Sensibilisierung wünschenswert. Er weist außerdem auf die hohen Kosten der Linien bei nur moderatem Fahrgastzuwachs hin und regt an, zu prüfen, ob der Markt bereits gesättigt ist. Aufgrund der finanziellen Lage hält er einen weiteren ÖPNV-Ausbau im Landkreis schwierig, Optimierungen seien jedoch möglich.

Kreisrätin Cornelia Thomas (B´90/Die Grünen) macht darauf aufmerksam, dass die hohe Anzahl an Haltestellen die Busse verlangsamt. Das wäre ein Ansatzpunkt für die nächste Fortschreibung des Nahverkehrsplans. Der **Vorsitzende** bestätigt, dass Optimierungen durch Schnellbuslinien geprüft werden.

Kreisrat Theodor Förster (AfD) lobt das ÖPNV-Angebot trotz eines negativen Artikels in den Fürther Nachrichten.

Kreisrat Rainer Gegner (SPD) fragt nach Möglichkeiten des On-Demand-Verkehrs im Landkreis. **Kristin Romanek** erklärt, dass die Wirtschaftlichkeit geprüft werden muss und verweist auf Landkreise, die bereits Rufbussysteme über Apps nutzen, was eine Anpassung des Nahverkehrsplans erfordert.

Der **Vorsitzende** betont den gut ausgebauten ÖPNV im Landkreis. Er sieht On-Demand-Verkehre als Chance zur besseren Erschließung bislang schlecht angebundener ländlicher Gebiete. Die Verwaltung wird die Kosten und Möglichkeiten genau prüfen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.3 Studie Mobilität in Deutschland (MiD) 2023

Der **Vorsitzende** stellt die Kernaussagen der Studie vor.

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Cornelia Thomas** (B'90/Die Grünen) wird bestätigt, dass der Bahnverkehr im Modal Split des ÖPNV berücksichtigt ist.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) erkundigt sich nach Vergleichszahlen zu ähnlichen ländlichen Regionen und bittet um eine Erklärung zur Entwicklung der Verfügbarkeit von Autos, einschließlich Carsharing. **Naemi Kühnert** (Radverkehrsbeauftragte) erläutert, dass der Landkreis Fürth hinsichtlich der Mobilitätsentwicklung keine Ausnahme bildet. In den meisten ländlichen Gebieten zeigen sich nur geringe Abweichungen, wobei der Anteil der PKW-Nutzer im ländlichen Raum tendenziell leicht zunimmt.

Die Frage zur Auto-Verfügbarkeit (einschließlich Carsharing) wird schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung vom 5. Dezember 2025

Die dargestellte Auswertung hinsichtlich der Verfügbarkeit Auto (einschließlich Carsharing) basiert auf der Frage: Wie oft können Sie als Fahrer/in oder Mitfahrer/in über ein Auto (einschließlich Carsharing) verfügen?

Werden nun ausschließlich die Daten vom Landesamt für Statistik betreffend die Einwohnerzahlen und der gemeldeten Pkws herangezogen, kann die Aussage aus der MID bestätigt werden. Grundsätzlich sind die Anzahl der privaten Pkw und somit auch die Verfügbarkeit in der Vergangenheit gestiegen. Betreffend des Carsharings liegen uns leider keine Daten vor, diese stellen jedoch ein zusätzliches Angebot dar, wodurch die Aussage aus der MID noch bekräftigt wird. Waren es im Jahr 2012 noch 600,8 Pkw je 1.000 Einwohner (EW), sind es im Jahr 2024 bereits 666 Pkw je 1.000 EW. Der Landkreis liegt somit über dem bayerischen Durchschnitt von 634,9 Pkw je 1.000 EW. Ursachen für diesen Trend liegen uns leider nicht vor.

Kreisrat Theodor Förster (AfD) weist auf das positive Beispiel des Bürgerbusses als Ergänzung zum ÖPNV hin.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.4 Radschnellweg Nürnberg-Zirndorf - Aktueller Stand Abschnitt Oberasbach

Der **Vorsitzende** informiert ausführlich zum Sachverhalt.

Kreisrat Thomas Peter (FDP) äußert Unverständnis darüber, dass die Bautätigkeiten für den Radschnellweg trotz Ablehnung des Vereinbarungsentwurfs durch die Stadt Oberasbach be-

reits beginnen. Er hinterfragt die hohe Investition von mehreren Millionen Euro bei einem Radverkehrsanteil von nur 5 % im Modal Split.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass das Staatliche Bauamt Nürnberg gemeinsam mit der Stadt Zirndorf einen eigenständigen sinnvollen Abschnitt des Radschnellwegs realisiert, der auch unabhängig von einer Beteiligung von Oberasbach funktioniert. Zirndorf hat dem Projekt zugestimmt. Perspektivisch besteht weiterhin die Möglichkeit, den Radschnellweg zu einem späteren Zeitpunkt vollständig auszubauen. Diese Investition stellt daher eine sinnvolle Option zur Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur dar. Er stellt klar, dass sich der Landkreis in diese Diskussion nicht einmischen wird.

Kreisrat Theodor Förster (AfD) ergänzt, dass die Stadt Oberasbach dem Radschnellweg grundsätzlich positiv gegenübersteht, jedoch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten ablehnen musste.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.5 Aktueller Stand Stahlbrücke Bibertbahntrasse Rednitz

Kristin Romanek (Finanzen, Kreiseinrichtungen, Mobilität und Verkehr) und **Nadine Heinrich** (ÖPNV und Radverkehr) geben einen Sachstandbericht zur Stahlbrücke und den geplanten Maßnahmen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 3 Beschluss über weiteres Vorgehen hinsichtlich eines Gesamtabrisses der Bibertbahnbrücke

Der Vorsitzende stellt die Vorlage vor.

Kreisrat Martin Röhn (B'90/Die Grünen) hinterfragt die geschätzten Abrisskosten von 1,3 Mio. € für die Stahlbrücke.

Nadine Heinrich (ÖPNV und Radverkehr) und **Kristin Romanek** (Finanzen, Kreiseinrichtungen, Mobilität und Verkehr) erläutern, dass die Kostenschätzung auf früheren Gutachten beruht. Diese Gutachten berücksichtigen zahlreiche Auflagen aufgrund des Wasserschutzgebiets, des hohen Grundwasserspiegels und des Trinkwassereinzugsgebiets der Stadt Fürth.

Kreiskämmerer Martin Kohler ergänzt, dass bereits 2023 erste Gutachten erstellt und Kosten ermittelt wurden. Die schwierige Örtlichkeit erfordert aufwändige Vorbereitungen wie Bausträßen und Befestigungen, um Kräne aufzustellen, damit die Brücke in Teilen abgebaut werden kann. Die Rückstellung von 1,3 Mio. € wurde zwischenzeitlich für die Linien 63/64 verwendet und muss nun neu veranschlagt werden. Er vertritt die Meinung, dass der Abrisspreis steigt, je länger dieser hinausgezögert wird.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Sinne einer nachhaltigen und vorausschauenden Ressourcenplanung im kommenden Haushaltsjahr 2026 den Abriss der Brücke sowie die entsprechende Ausschreibung der Abrissmaßnahmen vorzubereiten, sodass ein Abriss in den kommenden Jahren erfolgen kann. Bei Ablehnung des Beschlussvorschlags wird wie gehabt das jährliche Gutachten beauftragt und Maßnahmen nur auf Grundlage dessen durchgeführt.

Die Verwaltung informiert die entsprechenden Gremien fortlaufend über den Zustand der Stahlbrücke der Bibertbahntrasse über der Rednitz.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

TOP 4	Kostenfreiheit des Schulwegs – Änderung der Ermessensübung bei Ausbildungsrichtungen im Rahmen von Schulversuchen
--------------	--

Simon Roser (ÖPNV und Radverkehr) stellt die Vorlage vor und beantwortet Fragen. Dabei erläutert er, dass aktuell die Hans-Böckler-Schule in Fürth den Schulversuch „Eingangsstufe an vierstufigen Wirtschaftsschulen“ anbietet. Dieser Schulversuch ermöglicht den direkten Übertritt von der Grundschule in die Wirtschaftsschule, wodurch die Schülerinnen und Schüler einen mittleren Bildungsabschluss erreichen können. Im Landkreis gibt es keine Wirtschaftsschule. Zudem informiert er darüber, dass die Berufsfachschule für Kinderpflege in Nürnberg bei der Rummelsberger Diakonie Kinderpflegeausbildung mit KiPrax anbietet.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass die Verwaltung von der Sparkommission beauftragt wurde, dem Umwelt- und Verkehrsausschuss Kostenübernahmen bei Ausbildungsrichtungen im Rahmen von Schulversuchen zur Entscheidung vorzulegen. Zudem informiert er, dass im letzten Kreisausschuss beschlossen wurde, ab dem Schuljahr 2026/2027 keine freiwillige Kostenübernahme für die Schülerbeförderung zur Ausbildungsrichtung „Drei-moderne-Fremdsprachen“ am Gymnasium Herzogenaurach zu gewähren. Bereits berechnete Schülerinnen und Schüler erhalten die Kostenübernahme weiterhin bis zum Abschluss der 10. Jahrgangsstufe.

Kreisrat Bernd Zimmermann (CSU) betont die Bedeutung der Kinderpflegeausbildung und den bestehenden Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Landkreis. Er befürchtet, dass durch die Ablehnung der Kostenübernahme Hindernisse geschaffen werden könnten. Daher kann er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Zudem erkundigt er sich, ob auch die Schule in Fürth die Kinderpflegeausbildung mit KiPrax anbietet. Herr Rosa verneint dies.

Kreisrätin Cornelia Thomas (B'90/Die Grünen) stimmt Kreisrat Zimmermann zu. Sie stellt fest, dass keine Schule im Landkreis die Ausbildungsrichtungen KiPrax und Eingangsstufe Wirtschaftsschule anbietet. Das unterscheidet die Situation vom Schulversuch „Ausbildungsrichtung Drei moderne Fremdsprachen“ und rechtfertigt eine andere Entscheidung bei der Kostenübernahme.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) kritisiert, dass an der falschen Stelle gespart werde, da die Anmeldezahlen der sprachlichen Integrationsklassen einseitig sind. Selbst bei einer Verdopplung der Anmeldungen würden die Einsparungen den Landkreishaushalt kaum entlasten. Löbel schlägt vor, die Schulversuche einzeln zu betrachten und sorgfältig abzuwägen, welche Auswirkungen diese Entscheidung auf die Bildungsbiografien haben könnte. Er kann dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Kreisrat Christoph Reuther (CSU) weist auf die ausführliche Diskussion in der Sparkommission hin und warnt davor, einzelne Ausbildungsrichtungen herauszugreifen. Er plädiert für eine einheitliche Vorgehensweise bei allen Ausbildungsrichtungen bei Schulversuchen. Zudem verweist er darauf, dass durch das Deutschlandticket die Beförderung nach Fürth gesichert sei. Er unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Kreisrat Peter Königer (CSU) schließt sich der Aussage von Kreisrat Reuther an und betont, dass nicht alle Beschlüsse der Sparkommission revidiert werden können. Auch er unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der **Vorsitzende** zeigt sich überrascht über die Differenzierung und macht deutlich, dass Personen, die die Ausbildungsrichtungen KiPrax wählen, nicht zwangsläufig mittellos sind.

Kreisrat Bernd Zimmermann (CSU) stimmt dem Vorsitzenden in dieser Angelegenheit zu, betont jedoch den Unterschied: KiPrax ist ein Ausbildungsberuf, während der Schulversuch „Ausbildungsrichtung Drei moderne Fremdsprachen“ einen Schulzweig darstellt. Er ist der Meinung, dass der Landkreis den Ausbildungsberuf KiPrax unterstützen sollte, da in Kindergärten und Horten Fachkräfte fehlen. Der Grundgedanke war, die Fahrtkosten zum Gymnasium Herzogenaurach oder in andere Landkreise nicht mehr zu übernehmen, wenn es im Landkreis selbst Gymnasien gibt.

Kreisrat Rainer Gegner (SPD) ist der Ansicht, dass die Kosten für den Schul- oder Ausbildungsweg durch das 365-Euro-Ticket abgedeckt werden können. Er warnt davor, einzelne Ausbildungsrichtungen bei Schulversuchen zu diskutieren und damit Beschlüsse aufzuweichen. Damit verliere man die klare Linie der Sparkommission. Er betont, dass bei der Ausbildung zur Erzieherin bzw. im Pflegebereich andere Stellen gegensteuern müssten und nicht der Landkreis durch die Übernahme der Fahrtkosten.

Der **Vorsitzende** betont die Notwendigkeit einer klaren Linie und gibt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss den folgenden Beschluss:

Der Beschluss vom 12.12.2016 (142/2016/1) wird hinsichtlich der Nr. 1 aufgehoben. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Ausbildungsrichtungen, die im Rahmen von Schulversuchen angeboten werden ab dem Schuljahr 2026/2027, das Ermessen im Sinne der Sparsamkeit auszuüben.

Mehrheitlich beschlossen Ja 11 Nein 3

TOP 5	Anderung der Abfallgebührensatzung (AGS) des Landkreises Fürth vom 17.12.2007 (7. Änderungssatzung) zur Schaffung von Erleichterungen bei der Abgabe von Sperrmüll, Grüngut, Bauschutt und Erde an den Wertstoffhöfen
--------------	--

Jürgen Beer (Abfallwirtschaft) fasst die Änderung der Abfallgebührensatzung zusammen.

Kreisrätin Angelika Igel (B'90/Die Grünen) erkundigt sich, wie viele Personen von der Änderung betroffen sind. Sie sieht im Beschlussvorschlag eine Einzelfallregelung. **Jürgen Beer** erläutert, dass die meisten Anlieferer grundsätzlich unter der Grenze von 150 kg bleiben. Es gibt jedoch Einzelfälle, bei denen mit einem Anhänger angeliefert wird und das Gewicht zwischen 170 und 180 kg liegt. Diese Bürger hatten die bisherige Regelung als ungerecht empfunden.

Der **Vorsitzende** macht deutlich, dass es sich hierbei nicht um eine Einzelfallregelung, sondern um eine logische Vorgehensweise handelt. Es sei schwer vermittelbar, wenn jemand mit einem Anhänger 155 kg anliefert und damit knapp über der Grenze für Kleinmengen liegt, aber nach der bisherigen Regelung nicht nur die 5 kg Mehrgewicht, sondern die gesamte Menge von 155 kg bezahlen musste.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt, die Änderung der Abfallgebührensatzung vom 17.12.2007 in Form der 7. Änderungssatzung zu beschließen

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

TOP 6 Anfragen

Kreisrätin Irene Franz (SPD) spricht die große Baustelle in Cadolzburg an und weist darauf hin, dass sich der Verkehr dadurch verstärkt nach Keidenzell verlagert. Dabei komme es vermehrt zu überhöhten Geschwindigkeiten. Sie erkundigt sich, ob der Landkreis Möglichkeiten hat, häufiger Geschwindigkeitskontrollen in diesem Bereich zu veranlassen. Der **Vorsitzende** erläutert, dass die Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen in den Ortsteilen in der Zuständigkeit der Gemeinden und der kommunalen Verkehrsüberwachung liegt.

Kreisrat Thomas Peter (FDP) bittet zu prüfen, ob auf der Strecke zwischen Lind und Anwanen eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 70 in Betracht gezogen werden kann.

Schriftliche Antwort der Verwaltung vom 28. November 2025:

Nach Rücksprache mit meinem Fachbereich ist die Kreisstraße FÜ 14 zwischen Lind und Anwanen seit dem Anbau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges, Bauende IV. Quartal 2023, bereits auf Tempo 70 km/h beschränkt. Gemäß einer Abfrage der Unfalldatenbank ereigneten sich seitdem zwei Unfälle, sog. „Spiegelklatscher“. Der Streckenabschnitt ist somit soweit unauffällig. Ein verkehrsrechtliches Handeln dementsprechend aktuell nicht angezeigt. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden die Strecke dennoch, wenn sie vor Ort sind, in Augenschein nehmen.

Landrat Bernd Obst schließt um 09:50 Uhr die 26. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses.

Zirndorf, den 05.01.2026

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in